



Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
des Gründungsparteitages

8. September 2007
CCC Brandenburg/Havel

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
des Gründungsparteitages

8. September 2007, CCC Brandenburg/Havel

Herausgeber: DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Fertigstellung: Oktober 2007

Satz und Layout: Reinhard Frank

Protokoll
des Gründungsparteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

Regularien

Tagesordnung und Zeitplan	5
Wahlordnung	6
Geschäftsordnung	9
Bericht der Mandatsprüfungskommission	12

Reden des Gründungsparteitages

Rede Thomas Nord, Landesvorsitzender	13
Rede des ehemaligen Vorsitzenden der WASG Steffen Hultsch	21
Rede von Christian Eicke	27

Dokumente des Gründungsparteitages

Zwischenbericht des Landesvorstandes über seine bisherige Tätigkeit ..	29
--	----

Beschlüsse des Gründungsparteitages

Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg	34
Finanzordnung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg	34
Anerkennung des Jugendverbandes Linksjugend [’solid] Brandenburg ..	34
Schlüssel für den Landesausschuss	35

Wahlergebnisse des Gründungsparteitages

Wahl des Landesvorstandes	36
Wahl der Landesschiedskommission	37

Tagesordnung mit Zeitplan

- 08.45 Uhr Kranzniederlegung des Landesvorstandes und des Fraktionsvorstandes im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg
- 09.30 Uhr Gedenken an der Euthanasie-Gedenkstätte am Nikolaiplatz in Brandenburg/Havel
- 11.00 Uhr Eröffnung
- 11.10 Uhr Konstituierung des Parteitages
- Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan und der Wahlordnung
- 11.20 Uhr Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord
- 11.35 Uhr Rede des ehemaligen WASG-Vorsitzenden Steffen Hultsch
- 11.50 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 12.00 Uhr Beschlussfassung zu den Gründungsdokumenten Landessatzung und Landesfinanzordnung
Formaler Gründungsbeschluss für DIE LINKE. Brandenburg
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr DIE LINKE Brandenburg ist da – Neumitglieder-Aktion
- 13.45 Uhr „Das schaffen wir mit links - DIE LINKE als neue gesamtdeutsche Kraft“
Talkrunde mit Heinz Vietze, Klaus Ernst, Prof. Jürgen Dittberner (Uni Potsdam), Doro Zinke (DGB Brandenburg) und Kirsten Tackmann
- 14.45 Uhr Aufstellung der Listen der KandidatInnen
 - für den Landesvorsitz,
 - den stellvertretenden Landesvorsitz
 - der Mitglieder des Landesvorstandes
 - der Mitglieder der Landesschiedskommission
- 15.00 Uhr Pause mit Wahlgang
anschl. Beschluss über die Anerkennung des Jugendverbandes
Beschluss des Delegiertenschlüssels für den Landesausschuss
- 15.25 Uhr Kultur: haase&ritter
- 16.10 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 16.25 Uhr Schlusswort des Landesvorsitzenden

Wahlordnung

1. Grundlagen

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Vereinbarung zwischen der Linkspartei.PDS Landesverband Brandenburg und der WASG Landesverband Brandenburg vom 21.02.2007 (auf Grundlage der Beschlüsse der jeweiligen Landesparteitage von Linkspartei.PDS am 03.02.2007 und WASG am 04.02.2007) zur Bildung des Landesverbands Brandenburg der Partei DIE LINKE.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des Gründungsparteitags. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle Mitglieder und Gastmitglieder der Partei DIE LINKE können Vorschläge für KandidatInnenlisten unterbreiten. Die Vorschläge sollen der Tagungsleitung schriftlich bis zum Beginn der Aufstellung der Listen des jeweiligen Wahlganges übergeben werden. Die Tagungsleitung lässt über den Abschluss der jeweiligen KandidatInnenliste beschließen.

Für die Ämter der/des Landesvorsitzenden und der stellvertretenden Landesvorsitzenden sind nur Einzelvorschläge zulässig. Für die Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstands sind nur Listen mit 17 KandidatInnen zulässig, wovon ein/e Kandidat/in als Landesgeschäftsführer/in und ein/e Kandidat/in als Landesschatzmeister/in vorzusehen ist. Mindestens die Hälfte der ListenkandidatInnen muss weiblich sein.

Im Hinblick auf die unter 1. bezeichnete Vereinbarung zum Gründungsprozess und die darin vorgesehene Wahl in Listen erhält für jede Liste ein/e Kandidat/in die Möglichkeit die Liste vorzustellen. Die Redezeit ist in der Regel auf 2 Minuten begrenzt. Die Redezeit muss nicht in Anspruch genommen werden.

Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 10 Minuten. Sie muss nicht in Anspruch genommen werden.

Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 5 Minuten begrenzt. Sie muss nicht in Anspruch genommen werden.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 1 Minute begrenzt. Die Gesamtzeit für Anfragen und Erklärungen beträgt 10 Minuten.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden

Gewählt ist, wer in dem Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine Liste von Kandidatinnen/Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit denselben Kandidaten.

Erreicht auch in dem zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Stimmenzahl, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des zweiten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren

- eine stellvertretende Landesvorsitzende und einen stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Jede/r Wählende hat zwei Stimmen. Gewählt sind diejenigen KandidatInnen mit den meisten Stimmen, wobei sie jedoch mindestens die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben müssen.

Für den Fall, dass auf diese Weise nach dem ersten Wahlgang zu besetzende Ämter vakant bleiben, wird mit den nicht gewählten KandidatInnen ein zweiter Wahlgang durchgeführt.

Erreicht auch im zweiten Wahlgang nicht die erforderliche Anzahl der KandidatInnen eine absolute Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des zweiten Wahlganges statt. An dieser Stichwahl nehmen bis zu doppelt so viele KandidatInnen teil, wie noch Ämter vakant sind. In der Stichwahl sind dann diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten.

4.3. Listenwahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes

Der Landesparteitag wählt in einem Wahlgang

- weitere 17 Mitglieder des Landesvorstandes, darunter eine/n Landesgeschäftsführer/in und eine/n Landesschatzmeister/in

in Form einer Listenwahl gemäß der unter Ziffer 1 bezeichneten Vereinbarung. Es können mehrere konkurrierende Listen zur Wahl antreten.

Jede/r Wählende hat eine Stimme. Gewählt ist die Liste, die in dem Wahlgang die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Tritt nur eine Liste an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Liste ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, werden neue Listen aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Listen antreten und keine Liste die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit denselben Listen.

Erreicht auch in dem zweiten Wahlgang keine Liste die erforderliche Stimmenzahl, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Listen des zweiten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang die Liste, die die meisten Stimmen auf sich vereint.

5. Anzahl und Vergabe der Stimmen und Feststellung der Wahlergebnisse

5.1. Stimmabgabe

Die Wahlgänge können gemeinsam stattfinden, wenn die jeweiligen KandidatInnen nicht für mehr als einen Wahlgang kandidieren.

In jedem Wahlgang hat jede/jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie zu dem Wahlgang jeweils in dieser Wahlordnung bestimmt sind. Diese Stimmen sind nicht kumulierbar.

Die Wahlen erfolgen nach dem Prinzip der positiven Auswahl, d.h., die Namen der zu Wählenden bzw. zu wählenden Listen sind anzukreuzen. Stimmenthaltung ist auf dem Wahlschein anzukreuzen. Wahlscheine, auf denen mehr Namen/Listen angekreuzt sind, als in dem Wahlgang Stimmen vergeben werden dürfen und Wahlscheine, auf denen Streichungen bzw. Hinzufügungen vorgenommen werden sowie Wahlscheine ohne erkennbares Stimmverhalten sind ungültig.

5.2. Feststellung der Wahlergebnisse.

Die Wahlkommission ermittelt die Wahlergebnisse in einer öffentlichen Auszählung. Bei der Feststellung der Wahlergebnisse wird zuerst die Zahl der an der Wahl Beteiligten, danach die Zahl der gültigen und die Zahl der ungültigen Wahlscheine und zuletzt das Wahlergebnis jede/r Kandidat/in bzw. jeder Liste ermittelt. Über jedes Wahlergebnis ist ein Wahlprotokoll anzufertigen.

Geschäftsordnung

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

(1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Arbeitspräsidium, welches aus bis zu 10 Delegierten des Parteitages besteht.

(2) Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien des Parteitages:

- die Mandatsprüfungskommission
- die Redaktionskommission
- die Allgemeine Antragskommission
- die Wahlkommission

Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.

(3) In die Mandatsprüfungskommission, Redaktionskommission, Allgemeine Antragskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.

(4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Zeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

(1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind.

(2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.

(3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Arbeitspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

(1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Arbeitspräsidium einzureichen.

(2) Das Wort wird durch das Arbeitspräsidium erteilt und bei Verletzung dieser Geschäftsordnung gegebenenfalls entzogen. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

- (3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Arbeitspräsidium oder an RednerInnen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.
- (4) Die Redezeit beträgt in der Regel 5, längstens 8 Minuten, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Zeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von KandidatInnen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.
- (5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung

- (1) Stimmrecht haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten.
- (2) Bei Abstimmungen zur Satzung, zu Finanzfragen und bei Wahlen haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten Stimmrecht, die Mitglied der Linkspartei.PDS sind.
- (3) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gefasst.
- (4) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

5. Abstimmungen, Reihenfolge

- (1) Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen sind beim Arbeitspräsidium schriftlich bis zum jeweils beschlossenen Antragsschluss einzureichen.
- (2) Initiativanträge sind bis zum jeweiligen Antragsschluss schriftlich mit kurzer Begründung beim Arbeitspräsidium einzureichen. Sie bedürfen der Unterschrift von 21 Delegierten.
- (3) Das Arbeitspräsidium übergibt die eingegangenen Anträge den jeweiligen Kommissionen. Diese unterbreiten dem Landesparteitag Vorschläge für den Umgang mit den Anträgen. Zu den Vorschlägen erhält zunächst der Antragsteller und danach jeweils ein/Redner/in dafür und eine/r dagegen das Wort. Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich danach, dass der weitestgehende Antrag zuerst abgestimmt wird, es sei denn, die jeweilige Kommission unterbreitet wegen des spezifischen Sachverhalts einen anderen Vorschlag.

(4) Erklärt ein Antragsteller die Übernahme eines zu seinem Antrag eingebrachten Änderungsantrags, so wird der Antrag in der Form mit der übernommenen Änderung zur Abstimmung gestellt. Auf Verlangen mindestens eines Delegierten ist die bisherige Form des Antrags an der geänderten Stelle wie ein Änderungsantrag zu behandeln und abzustimmen. Das Verlangen zu diesem Verfahren muß unmittelbar nach der Übernahmeerklärung vorgebracht werden.

(5) Anträge zur Geschäftsordnung werden mündlich durch Delegierte gestellt. Während eines Abstimmungsvorganges können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Für die Antragstellung wird außerhalb der RednerInnenreihenfolge das Wort erteilt. Als Antrag zur Geschäftsordnung gilt:

- Antrag auf Abschluss der Debatte
- Antrag auf Änderung der Tagesordnung
- Antrag auf Abberufung des Arbeitspräsidiums
- Antrag auf Abbruch der Tagung des Landesparteitages.

Das Wort erhalten unmittelbar im Anschluss daran jeweils ein/e Redner/in dafür und eine/r dagegen, dann erfolgt die Abstimmung.

6. Sonstige Regelungen

(1) Vom Verlauf der Tagungen des Parteitages erfolgen Tonbandaufzeichnungen. Sie dienen ausschließlich der Anfertigung des Protokolls der Tagung. Jede/r Redner/in nennt zur sicheren Erstellung des Protokolls vor dem Redebeitrag ihren/seinen Namen, soweit dies vom Arbeitspräsidium nicht bereits getan wurde.

(2) Die Prüfung der Beschlussfähigkeit erfolgt auf Antrag eines Stimmberechtigten durch die Mandatsprüfungskommission. Diese stellt das Ergebnis anhand der Anwesenheitsliste fest. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Beratungstag zu vertagen.

(3) Im Tagungsraum ist der Konsum jeglicher Drogen untersagt. Das Rauchen ist im Tagungsobjekt an den dafür gekennzeichneten Stellen gestattet.

(4) Das Hausrecht während der Tagung übt der/die Landesvorsitzende mit den dafür von ihr/ihm bestimmten Personen des Organisationsbüros aus. Es wird gebeten, zur Sicherung eines reibungslosen Ablaufs der Beratungen ihren Anweisungen unbedingt Folge zu leisten. Das Hausrecht in Räumen, die nicht zur Durchführung der Beratung des Parteitages im jeweiligen Tagungsobjekt angemietet wurden, bleibt davon unberührt.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Liebe Delegierte, liebe Gäste,

Für den 10. Landesparteitag der LINKEN Brandenburg wurden 246 Mandate durch die Landesvorstände von WASG und Linkspartei.PDS beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission hat die Anwesenheitslisten ausgewertet. Um 12.30 Uhr hatten sich 186 Delegierte angemeldet, das sind 75,6 % der gewählten Delegierten, 32 Delegierte fehlen entschuldigt, 28 Delegierte fehlen unentschuldigt.

Damit ist der Landesparteitag beschlussfähig.

Von den anwesenden gewählten Delegierten sind
82 Frauen = 44 % und 103 Männer = 56 %.

Die altersmäßige Struktur der anwesenden Delegierten sieht wie folgt aus:

jünger als 25 Jahre sind	17 Delegierte = 9 %
26 bis 40 Jahre	25 Delegierte = 14 %
41 bis 50 Jahre	43 Delegierte = 23 %
51 bis 65 Jahre	71 Delegierte = 38 %
älter als 65 Jahre sind	30 Delegierte = 16 %.

Alle anwesenden Delegierte sind Mitglied der LINKEN.

Unterzeichnet von:

Konrad Hannemann, Ute Miething, Thomas Ruppel, Helga Hummel und Sabine Matlik

Reden des Gründungsparteitages

Wir haben als PDS viel erreicht und können gemeinsam noch viel mehr

Rede Thomas Nord, Landesvorsitzender

Vor drei Monaten wurde in Berlin die LINKE gegründet. Seit dem befinden wir uns in einem permanenten Prozess der Veränderung und Bewegung. Die Dynamik dieses Prozesses überrascht auch mich immer wieder.

Wenn ich heute durch unsere Kreisverbände fahre, merke ich wie sich auch unser Landesverband seit der Fusion verändert. Da ist nicht nur der sichtliche Zuspruch in Veranstaltungen an denen plötzlich viele Menschen teilnehmen, die ich bei PDS Veranstaltungen nie getroffen habe, da sind nicht nur die 194 Mitglieder der neuen LINKEN die bis zum 16. Juni Mitglieder der WASG waren, da sind inzwischen auch gut 100 Menschen, die seit der Gründung in unsere neue Partei eingetreten sind. Gut 10 Prozent unserer heutigen Mitgliedschaft sind Neueintritte seit 2003, dem Jahr in welchem wir begonnen haben, die Folgen unsrer Wahlniederlage 2002 zu überwinden. Es gibt inzwischen kaum noch Kreisverbände, in welchen ich nicht auch auf ehemalige Mitglieder der SPD stoße, die heute Mitglieder der neuen LINKEN sind. Rechtsanwälte, Richter, Kommunalpolitiker, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben die Partei von Schröder, Müntefering, Platzeck, Steinmeier und Beck, die Partei der Agenda 2010, des beständigen Sozialabbaus und der Militarisierung der deutschen Außenpolitik verlassen. Sie beteiligen sich zusammen mit unseren bisherigen Genossinnen und Genossen und vielen anderen am neuen Aufbruch der LINKEN in Deutschland und in Brandenburg.

Wir waren in den letzten 17 Jahren eine sehr erfolgreiche Partei und konnten als PDS viel erreichen. Gemeinsam können wir als DIE LINKE noch mehr.

Wir alle zusammen und hunderttausende Wählerinnen und Wähler sind eine Neue Kraft für Brandenburg.

Neu ist: Wir vertreten Positionen, die die Mehrheit der Bevölkerung teilt. Das ist das Gegenteil, dessen was wir in der Gründungszeit der PDS und noch bis vor Kurzen erlebten.

Neu ist, dass die anderen Parteien an diesen Positionen nicht mehr vorbeikommen und anfangen, sie zu übernehmen. Die gesellschaftliche Debatte verschiebt sich nach links.

Wir sind eine gesamtdeutsche Partei, die auch eine bundespolitische Machtperspektive entwickelt. Das ist der PDS trotz aller Bemühungen kaum gelungen. Viele die bisher bei Bundestagswahlen SPD gewählt haben, sehen uns jetzt auch auf dieser Ebene als wählbare Alternative.

Wir sind eine Partei, in der Menschen aus Ost und West gleichberechtigt von einander lernen. Ich war am Mittwoch zu einem Forum in Templin mit Oskar Lafontaine und Gregor. Dort war einer dieser Prozesse bei unseren beiden Spitzen gut zu erkennen; Gregor war sehr viel kürzer als sonst und Oskar wesentlich humorvoller als bisher. Das finde ich z.B. ist eine erfreuliche Entwicklung. Und auch auf Landesebene - der letzte WASG Landesparteitag hat es so gewollt - wird erstmalig ein aus den alten Bundesländern kommender Linker als stellvertretender Landesvorsitzender unseres Verbandes kandidieren.

Vernünftig bezahlte Arbeit, sichere Renten und soziale Gerechtigkeit will die Bevölkerung. Mit überwältigender Mehrheit, wie alle Umfragen zeigen. Die SPD-Führung will das offenbar nicht. Nicht finanzierbar, zu teuer, nicht mehr zeitgemäß. Das hören wir seit Jahren.

Die Folgen dieser Politik sind nicht zu übersehen. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich war noch nie so groß wie heute. Gewinne und Managergehälter explodieren. Millionen Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner haben reale Einkommensverluste. Die Kinderarmut ist dramatisch gestiegen. Es ist eine Schande, dass 2,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut leben müssen. Selbst jetzt, in dem von CDU und SPD gefeierten Aufschwung, geht die Umverteilung von unten nach oben weiter.

Die jetzige Bundesregierung unter Angela Merkel setzt die Politik der Rot-Grünen Bundesregierung nahtlos fort. Der anhaltende Sozial- und Demokratieabbau durch CDU und SPD erfordert das weitere Wachsen einer demokratischen Gegenkraft, um der immer größeren gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich erfolgreich entgegenzutreten. Wir haben die Aufgabe, der ständig wachsenden Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie und dem parteipolitischen Einheitsbrei der vorherigen und der jetzigen Regierungskonstellation eine positive Perspektive und Alternative entgegenzusetzen und so auch den gefährlichen Akzeptanzgewinn rechtsextremistischer und neofaschistischer Anschauungen durch demokratisch-sozialistische Politikangebote einzugrenzen und entgegenzuwirken.

Die LINKE sagt daher klar und eindeutig: Eine lebenswerte, demokratische und zukunftsfähige Gesellschaft gibt es nur mit sozialer Gerechtigkeit. Wer den Reichtum erarbeitet, muss daran teilhaben. Nicht weitere Entlastungen für Unternehmen, Aktionäre und Immobilienspekulanten sind das Gebot der Stunde, sondern höhere Gehälter für die Beschäftigten und ein gesetzlicher Mindestlohn. Die Bundesrepublik ist Exportweltmeister und so wettbewerbsfähig wie kaum ein anderes Land. Deshalb ist und bleibt der Sozialstaat finanzierbar, wenn Politiker den Mut haben, für einen fairen Ausgleich zu sorgen und die Zukunftsaufgaben in Angriff zu nehmen.

Wenn heute die SPD die Rente mit 67, steigende Krankheitskosten und Hartz IV als große Erfolge feiert und behauptet das sind alternativlose Sachzwänge, dann sagen wir, das sind Irrwege. Und die Hälfte der bisherigen SPD-Wählerschaft stimmt uns zu.

Wir brauchen einen neuen sozialen und ökologischen Aufbruch in unserem Land. Konkret heißt das: Überwindung von Hartz IV, längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I, höheres Rentenniveau, mehr öffentlich finanzierte Beschäftigung, Rücknahme vermehrter Zahlungen, Bildungsoffensive und ökologischer Umbau des Energiesystems. Ohne ein renoviertes Steuer- und Abgabensystem sind diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen. Vor allem die großen Vermögen, die hohen Einkommen, die Finanz- und Börsenspekulanten und die Unternehmen müssen wesentlich stärker in die Pflicht genommen werden.

Die SPD-Führung hält all das für unmöglich und reagiert so armselig wie hochmütig, wenn sie behauptet: „Zur Gegenfinanzierung bietet die Linkspartei das üblich Populistische an.“

Warum ist es unmöglich, mit einer stärkeren Belastung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Börsenumsatzsteuer mehr Bildung und ökologischen Umbau zu finanzieren? Und weshalb sollten die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht zu einem höheren Beitrag zum Sozialstaat bereit sein, wenn sie, wie in Skandinavien, darauf vertrauen können, dass sich alle daran beteiligen und das Geld gut verwendet wird?

In den vergangenen Jahren wurden die Unternehmen um dreistellige Milliardensummen

entlastet und die Arbeitslosen mit Hartz bestraft. Besserverdienende haben Steuer-geschenke erhalten und Millionen Menschen mussten mit Sozialkürzungen leben. Wir fragen die SPD: Wer ist ärmer und wer ist reicher geworden? Warum ist es im Falle eines Börsenkrachs möglich in zwei Tagen ca. 200 Milliarden • in die Finanzmärkte zu pumpen, aber gleichzeitig unmöglich die Solidarsysteme zu finanzieren?

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Debatten innerhalb der SPD zu verfolgen und zu ermitteln, wo sich die Landes SPD verortet.

So werden in der SPD Programmdebatte Peer Steinbrück und Frank Walter Steinmeier – das ist der Sozialdemokrat der jetzt Brandenburger werden will - kritisiert. Beide wollen den «Geist der Agenda 2010» von Ex-Kanzler Gerhard Schröder ungeprüft in die Zukunft tragen, sagte die Sprecherin der SPD-Linken, Andrea Nahles.

Steinbrück verteidigte dagegen die Agenda 2010 und sagte: «Der Beitrag von Gerhard Schröder ist ein entscheidender Beitrag gewesen, um die SPD im ersten Teil dieses Jahrzehnts auf die Höhe der Zeit zu bringen». Gemeinsam mit Steinmeier sowie dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck hat Steinbrück ein Buch zum Parteikurs verfasst.

In dem Sammelband plädieren die drei prominenten SPD Politiker für eine entschlossene Fortsetzung von Schröders Reformen. Die SPD dürfe nicht nur als Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen werden, schreibt u.a. Matthias Platzeck in diesem Buch. Wir können ihn da beruhigen, die Gefahr, noch so wahrgenommen zu werden, besteht bei vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern schon lange nicht mehr.

Selbst Wissenschaftler warnen inzwischen davor, dass Hartz IV nicht reicht, um Kinder gesund zu ernähren und es die Kinderarmut fördert – aber der Ministerpräsident des Landes und Landesvorsitzende der Brandenburgischen SPD hält an dieser Politik fest, die ganz eindeutig in wesentlichen Bestandteilen gescheitert ist.

Kurt Beck war bemerkenswerter Weise mit keinem eigenen Beitrag in diesem Buch vertreten. „So ein Scheiß lass ich mir nicht mehr bieten“ soll der SPD Parteichef am Tag, an dem das Werk vorgestellt wurde im SPD Parteirat gesagt haben – wo er recht hat, hat er recht.

Auch auf der Landesebene ist unser Neubildungsprozess mit dem Gründungsparteitag noch nicht beendet. Der heutige Parteitag ist eine Etappe auf einem Weg, der über die Neugründungen in den Kreisverbänden zum 1. regulären Landesparteitag im Januar 2008 führen wird. Dazu gehört auch die Neuwahl der Parteitagsdelegierten entsprechend der neuen Satzung. Daher steht heute die Beschlussfassung über die neue Landessatzung, die Finanzordnung, die Anerkennung des Jugendverbandes und die Bestätigung des Gründungsvorstandes (entsprechend der zwischen Linkspartei.PDS und WASG abgeschlossenen und von den jeweiligen Parteitagen bestätigten Vereinbarung) im Zentrum unsrer Beratung. Wir beenden also mit der heutigen Tagung die auf den vergangenen Parteitagen begonnene Debatte über die Gründungsdokumente auf der Landesebene und schaffen durch die Wahl der durch die Landesparteitage der PDS und der WASG nominierten Genossinnen und Genossen in den Landesvorstand die Voraussetzungen für den Beginn der regulären Arbeit der neuen Partei in Brandenburg.

Aber diese Neugründung ist bisher nur ein organisatorisch-formaler Grundstein, dem die weitere inhaltliche Arbeit folgen muss. Das gilt besonders für die programmatische Diskussion, mit der die politische Tätigkeit nun weiter unterfüttert werden muss. Diese Debatte kann und wird jetzt in den Vordergrund treten. Wir haben das in den letzten Wochen bereits erlebt. DIE LINKE ist vielfältig wie ihre Geschichte und streitbar. Als Grundlagen für die neuen Diskussionen dienen die beschlossenen Eckpunkte.

Wenn wir nicht alles falsch machen, werden wir zukünftig unsere Präsenz in der bundesdeutschen Parteienlandschaft weiter erhöhen und berechtigter Weise bei der nächsten Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis anstreben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass wir von den anderen Parteien als eine ernsthafte Konkurrenz gesehen werden und in den nächsten Jahren bis zur Bundestagswahl 2009 und darüber hinaus scharf attackiert werden.

Daraus resultiert für uns die bleibende Notwendigkeit hoher Geschlossenheit. Wir können davon ausgehen, dass die Unterschiede in den politischen Verständnissen von Ost- und Westlinken zur Spaltung genutzt werden sollen. Hier liegt zwar eine Gefahr für die neue LINKE, aber wir sollten mit ihr gelassen umgehen. Bei schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten müssen Diskussionen auch kontrovers geführt werden. Das zu unterlassen wäre fatal und ein nicht wieder gut zu machender Unsinn. Allerdings sollte es uns dabei zuerst um den Inhalt gehen, weniger um Personen.

Doch unsere Politik lebt nicht allein von Programmen, sie wird nicht allein von unserer Organisation getragen, sie stützt sich nicht nur auf die Traditionen für die wir stehen, und sie wirkt nicht nur bloß durch unsere Abgeordneten, Bürgermeister und allen anderen, die haupt- oder ehrenamtlich für uns tätig sind. Unsere Politik im Wahlzyklus 2008/09 ist nicht nur die Sache von Kommissionen und PR-Agenturen und Kandidatinnen und Kandidaten, so sehr wir dies auch alles brauchen.

Die wichtigste Stütze unserer Politik ist die Hoffnung der Menschen. Dort, wo sich Resignation, Gleichgültigkeit oder auch kleinteiliger Zwist verbreiten, geht die Bereitschaft zum demokratischen Engagement zurück. Ich spreche deswegen über die Hoffnung, weil sie die allgemeinste Form der Politik ist. An ihr kann jeder teilhaben. Mut zu machen, Vertrauen und Glaubwürdigkeit auszustrahlen, dass ein sozialeres Brandenburg und ein besseres Deutschland möglich sind, darum muss es uns gehen.

Deswegen ist es ein wichtiges Zeichen, dass es uns gemeinsam mit einzelnen Aktivisten, Gewerkschaften, der Volkssolidarität, dem Arbeitslosenverband, der Diakonie und Umweltverbänden - kurz der Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg - gelungen ist, in nur drei Monaten und noch dazu in den Ferien, über 25.000 Menschen - davon ca. 13 000 durch die LINKE - zur Unterstützung zu gewinnen. Besonderer Dank in diesem Zusammenhang an die 6 Kreisorganisationen MOL, LOS, Potsdam, PM, OHV, Prignitz, die zusammen fast 60 % der Unterschriften erbracht haben. Hochachtung für Carsten Zinn von Ver.di der zusammen mit seinem Kollegen Andreas Steiner von der Grünen Liga 5080 Unterschriften gesammelt hat und zeigt, was alles geht wenn man es nur will.

Hier geht es, wie bei der Volksinitiative „Kein Busgeld“ die zurzeit 13 000 Unterstützer hat, nicht nur um die Preise für die Umweltkarten oder den kostenfreien Schülertransport.

Das war eine Botschaft an die brandenburgische Politik: Ein sozialeres Brandenburg ist möglich. Diese Botschaft werden wir aufgreifen und mit den Kommunalwahlen 2008 verbinden und auch bis zum und im Landtagswahlkampf argumentieren: Eine bessere Politik ist möglich. Brandenburg kann mehr als Platzeck und Speer wollen. Brandenburg kann sozialer sein, als es die SPD erlaubt. Brandenburg kann erfolgreicher sein, als es die Koalition aus SPD und CDU zulässt.

Brandenburg muss entscheiden. Soll die Zukunft des Landes durch eine selbstzufriedene und immer stärker selbstbezogene Politik weiter verwaltet werden? Oder werden die Kräfte gestärkt, die die Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Bildung und einen leistungsfähigen öffentlichen Sektor zupackend nutzen? Nutzen wir die Chancen, ein Brandenburg der lebendigen Regionen zu gestalten oder dulden wir den Rückzug der

Landespolitik in das Berliner Umland?

im Jahre 2009 wird die SPD fast zwei Jahrzehnte in unserem Land regieren. In dieser Zeit wurde im Land mehr als einmal über unseren Regierungseintritt gesprochen und gestritten. Zuletzt im Jahre 2004.

Nun fordert uns Matthias Platzeck auf, uns von Oskar Lafontaine abzugrenzen, dann könnte es vielleicht das nächste Mal etwas werden.

Es ist schon schwierig, den Hass mit dem heutige SPD Mitglieder ihrem ehemaligen Bundesvorsitzenden begegnen noch nachzuvollziehen. Glaubt man z.B. den Reden des SPD Landesvorsitzenden, dann ist Lafontaine so eine Art Roter Rambo der gemeinsam mit Hugo Chavez und der roten Fahne in der Hand darauf wartet, das Bundeskanzleramt stürmen zu können.

Platzecks einfältiger Glaube, er könne uns auf diesem Weg ins Gezänk um unseren Vorsitzenden stürzen, ist beachtlich, aber vergeblich.

Sie ist ein Symptom für die sich verbreitende geistige Trägheit, die zwei Jahrzehnte Regierungsmacht für die märkische SPD hervorgebracht haben.

Die brandenburgische SPD sollte sehr bald begreifen: Nicht erst seit 2004 haben sich die Kräfteverhältnisse in Brandenburg geändert. Nicht nur mit den Landtagswahlen, sondern auch danach. Über 416.000 Menschen haben uns 2005 zu den Bundestagswahlen ihr Vertrauen geschenkt. Warum sollte in Brandenburg nicht möglich werden, was in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt schon Realität ist und bei den Erststimmen auch 2004 schon in Brandenburg so war? In diesen Ländern und bei diesen Wahlen war schon die alte PDS stärker als die SPD. Wer wie Matthias Platzeck glaubt, dass sich das mit der neuen LINKEN umkehrt, leidet nur erneut unter einem erheblichen Realitätsverlust!

Es entspricht weder den Kräfteverhältnissen noch den Interessen unserer Wähler, wenn wir uns von Platzeck die Rolle der Juniorpartnerin in einer Koalition von vornherein aufdrücken lassen. Gleiche Augenhöhe ist angesagt, Herr Ministerpräsident! Für die Fortsetzung des landespolitischen Stillstandes haben sie die CDU. Wir stehen dafür nicht zur Verfügung!

Wir sind bereit, über jede politische Sachfrage mit der brandenburgische SPD zu reden. Grundlage sind für uns die Interessen Brandenburgs und unser Wahlprogramm. Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, dass sie diese Bedingungen nicht akzeptiert. Sie suchte und sucht nicht ernsthaft nach gemeinsamen Schnittmengen. Sie bietet uns großzügig die Statistenrolle bei der Umsetzung des SPD-Programms an. (Moskau?)

Ich denke: Wir sind uns einig, dass so ein Verständnis von Politik zurückgewiesen werden muss. Das haben wir getan. Und das tun wir weiter. Wer glaubt, uns für eine Handvoll Posten dazu bringen zu können wegzusehen, wegzuhören, nicht mehr die Probleme beim Namen zu nennen, nicht mehr für unsere Alternativen zu kämpfen, der irrt und zwar gewaltig.

Auch wenn unser Ministerpräsident zurzeit wie ein kleiner Sonnenkönig durchs Land reist und jedem der es hören will oder auch nicht, die frohe Kunde von den blühenden Brandenburger Landschaften verkündet, wird immer erkennbarer: auch die Landes SPD weiß nicht, was sie will. Die Auseinandersetzung um die gemeinsame Wirtschaftsförderung mit Berlin, die Absage an die Fusionspläne von Berlin und Brandenburg - die zentraler Bestandteil des Leitbildes der Regierung waren -, die späte Entdeckung Niederösterreichs als Perspektive für Brandenburg durch den Ministerpräsident, das Gezerre um die Kommunal-

verfassung, das Schüler- und bildungsfeindliche Chaos und die betonierte Bürokratie im Bildungsministerium, das alles zeigt die Handlungsunfähigkeit der derzeitigen Koalition in zentralen Fragen der Landesentwicklung. Selbst die Brandenburgs CDU hat jetzt die berlinfernen Regionen entdeckt und kritisiert den Regierungspartner SPD mit Positionen, die wir gut aus dem Leitbildentwurf unserer Landtagsfraktion kennen.

An dieser Stelle wird vielleicht auffallen, das ich über die Landes CDU bisher wenig gesagt habe – aber was soll man zu dieser Partei auch noch sagen!

Angesichts dieser Situation können wir als neue LINKE dort anknüpfen wo Linkspartei.PDS und WASG aufgehört haben. Konstruktive Opposition, wo es möglich ist, außerparlamentarischer Druck dort, wo er nötig ist.

Wir werden unsere öffentliche Debatte für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg in den kommenden Monaten fortsetzen. Dazu gehört eine Fachkonferenz zur Öffentlichen Daseinsvorsorge in Brandenburg am 21. September genauso wie die zur Landesverfassung am 24. September. Unsere bisherige Leitbilddiskussion hat viele Genossinnen und Genossen und viele Bürgerinnen und Bürger erreicht. Uns wurde Realismus, Wirklichkeitsnähe und Regierungsfähigkeit bescheinigt. Das freut uns, macht uns aber nicht selbstzufrieden oder leichtsinnig. Zu viele Fragen sind noch offen und sollen bis zum nächsten Parteitag im Januar beantwortet werden. Daher werden wir noch im November und Dezember öffentliche Regionalberatungen mit den dann gewählten Landesparteitagsdelegierten zu den zu entscheidenden Problemen durchführen.

Hinsichtlich unserer Position zum Aufschluss neuer Braunkohletagebaue, werden wir nicht so lange warten können. Die Veröffentlichung neuer Abbaupläne durch Wirtschaftsminister Junghans war zwar dilettantisch, aber aufschlussreich über die tatsächlich angedachten Ziele. Dieses Vorgehen führte zu heftigen Reaktionen in der Lausitz und zur Gründung einer Volksinitiative durch Umweltverbände, den Bündnisgrünen sowie Einzelpersonen auch aus unserer Partei. Diese Volksinitiative soll am 08. Oktober gestartet werden. Wir wurden gefragt, ob wir uns daran beteiligen werden und müssen daher bis zu diesem Termin eine Entscheidung treffen. Deshalb werden wir am 29. September eine Energiepolitische Konferenz in Cottbus durchführen. Am 30.09. wird die Debatte mit allen interessierten Genossinnen und Genossen weiter geführt und abschließend wird der Landesvorstand eine Entscheidung über die Teilnahme an der Volksinitiative treffen. Die hektische Reaktionen des Ministerpräsidenten und die jetzige Geheimdiplomatie zwischen der Landesregierung und Vattenfall zeigen, das die Eile tatsächlich angebracht ist.

Was wir mit der Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn begonnen haben, der Volksinitiative für ein Sozialticket und der Unterstützung für die Volksinitiative „Kein Busgeld“ fortsetzen, soll kennzeichnend für die Arbeit der LINKEN in den kommenden Monaten sein. Wir werden unsere außerparlamentarische Arbeit verstärken, den Druck auf die Bundes- und die Landesregierung erhöhen, aktiv eintreten für Frieden, mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit und uns überall an der Auseinandersetzung mit Rechtstextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beteiligen.

Im September und Oktober wird der Deutsche Bundestag erneut über die Verlängerung bzw. Nichtverlängerung der Afghanistan-Mandate entscheiden. Es steht also die Entscheidungsfrage: Bleibt die Bundeswehr in Afghanistan oder wird die Bundeswehr abgezogen. Eine Bevölkerungsmehrheit ist für den Abzug der Bundeswehr, die Fraktion DIE LINKE wird im Deutschen Bundestag den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordern. Um diese Forderung zu unterstützen werden wir am 15.09. in Berlin gegen den deutschen Bundeswehreininsatz in Afghanistan und die Militarisierung der deutschen Au-

ßenpolitik demonstrieren. Zurzeit finden Unterschriftensammlungen für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt. Bitte sammelt noch kräftig Unterschriften.

In diesem Sinne werden wir auch unsere aktive Mitarbeit in der Bürgerinitiative „Freie Heide“ fortsetzen. Sie ist vor wenigen Tagen 15 Jahre alt geworden und wir haben ihr dazu gratuliert auch wenn wir eigentlich gehofft haben, das sie nach zwei christdemokratischen und zwei sozialdemokratischen Verteidigungsministern und unzähligen juristischen Niederlagen der Bundeswehr endlich erfolgreich ihre Arbeit einstellen kann. Herr Jung hat anders entschieden und damit mal wieder den Beweis erbracht, das deutsche Militärs eben immer noch unfähig sind, Niederlagen rechtzeitig zu erkennen. Angesichts der aktuellen Einsätze im Ausland ist das eine eher beunruhigende Erkenntnis, die uns aber gleichzeitig noch hartnäckiger in unserem Widerstand werden lässt.

Im ersten Halbjahr 2008 wollen wir die Kampagne der Europäischen Linken für das Recht der Völker über die Zukunft Europas mittels Referenden zu entscheiden, unterstützen. Geplant ist eine Unterschriftensammlung in Form einer Petition an den deutschen Bundestag mit der Forderung ein Referendum zum neuen EU-Vertrag durchzuführen und die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Über den Umgang mit den bedrohlichen politischen und ökonomischen Realitäten wird während des 2. Sozialforums in Deutschland diskutiert, das vom 18. bis zum 21. Oktober in Cottbus stattfindet.

In enger Zusammenarbeit mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Attac und der Friedensbewegung, mit großen DGB-Gewerkschaften und den regionalen Gewerkschaftsorganisationen hat die Initiative Sozialforum alle organisatorischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Forum geschaffen. Die Gestaltung des Programms ist weit gediehen. Auch wenn wir uns als Partei nicht offiziell an diesem Forum beteiligen können, so sind wir doch aktive Unterstützerin dieser Veranstaltungen und hoffen, dass viele von uns an ihnen teilnehmen.

Mehrfach war heute schon unser antifaschistisches Engagement Gegenstand von Reden und Aktivitäten. Ich werde deshalb hier nicht mehr allzu viel sagen. Aus aktuellem Anlass sei aber hier trotzdem noch etwas angefügt: Wir stellen uns nicht gegen die Demonstrationsfreiheit – von wem auch immer. Unser Gegner ist auch nicht die Polizei. Im Gegenteil: Unter den Mitgliedern unserer Partei gibt es auch Polizistinnen und Polizisten und wir schätzen ihr Engagement für soziale Rechtsstaatlichkeit und häufig genug auch ihre zivile Courage im Kampf gegen Rechtsextremismus außerhalb des Dienstes. Wir wissen aber auch, nicht alle ihre Kolleginnen und Kollegen sind Unschuldslämmer. Gerade deshalb ist es entscheidend welche Handlungslinie die Politik ausgibt. Wer „Null Toleranz“ gegen Demokraten praktiziert, die sich den Braun Gesinnten in den Weg stellen, handelt vielleicht nach den Buchstaben des Grundgesetzes, aber nicht in dessen Geist und schon gar nicht im Sinne des immer wieder auch von der Landesregierung beschworenen „Toleranten Brandenburg“. Wir fordern von hier aus den Innenminister auf: Überdenken sie Einsatzlinien, wie sie in Neuruppin zum Tragen kamen. Es gibt ausreichend Beispiele dafür, wie durch die Polizei dem Gesetz genüge getan werden kann und zugleich Zivilcourage gegen Neonazis ohne Gefahr für die Gesundheit der Gegendemonstranten möglich wird. Wir sind solidarisch mit denjenigen, die sich den Nazis mit zivilem Ungehorsam in den Weg stellen und fordern, das die nachgewiesener Weise mögliche Toleranz gegenüber Menschen, die sich an solchen Aktionen beteiligen für alle gilt und zwar unabhängig von Stellung und Ansehen der Person. Ohne diese Menschen aus allen demokratischen Parteien, Verbänden und Organisationen wie sie auch in Neuruppin auf der Strasse waren,

wird es kaum möglich sein, das „Tolerante Brandenburg“ endlich zum erlebbaren Alltag im ganzen Land werden zu lassen. Wir gehen davon aus, dass es in allen demokratischen Parteien Brandenburgs Menschen gibt, die das wollen und sind in diesem Sinne auch bereit, mit allen zusammenzuarbeiten.

Ganz zuletzt noch zwei kurze Anmerkungen.

1. Auch in den kommenden Wochen werden wieder Genossen als Bürgermeisterkandidaten im Wahlkampf stehen. Wir wünschen Klaus Hubrig in Ludwigsfelde und Dr. Uwe Klett in Fredersdorf/Vogelsdorf viel Erfolg und werden wie immer mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Genossen unterstützen.

2. Die im Jahr 2003 begonnene Partiereform schreitet auch in der neuen Partei weiter voran. Zum einen lassen wir in diesem Zusammenhang unseren langjährigen Mitarbeiter Peter Kazmierczak seit Kurzem die Alerteilzeit genießen. Zum anderen hat Peter uns bei dieser Gelegenheit sein „Alterswerk“, das Handbuch für den ehrenamtlichen Geschäftsführer mit dem Titel „Erfolg organisieren“ übergeben. Wir hoffen, dass dieses Werk, das wir heute einigen Genossen schon übergeben haben und von uns schon der „Große Kazmierczak“ genannt wird, hilft, die vielen Aufgaben zu bewältigen über die ich heute hier gesprochen habe.

In diesem Sinne liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns als Neue Kraft für Brandenburg an die Arbeit gehen.

Kämpferisch und gradlinig, mit Realismus und Augenmaß. Dann ist mir um unseren Erfolg nicht bange!

Rede des ehemaligen Vorsitzenden der WASG Steffen Hultsch

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, sehr verehrte Gäste, jeder Parteitag hat etwas besonderes, vor allem Bilanz zu ziehen über all das, was man sich vorgenommen hat, was man erreicht hat oder was nur teilweise gelungen ist.

Wir haben aber auch das Ziel, darüber nachzudenken, was noch vor uns liegt und wie man diese Ziele erreicht.

Das Besondere unseres heutigen Parteitages in Brandenburg, geht aber noch darüber hinaus. Es ist der Gründungsparteitag einer neuen Partei in Brandenburg.

Beide Parteien; WASG und Linkspartei haben nach demokratischer Entscheidung beschlossen, Die Linke in Deutschland zu gründen. Mit dem heutigen Parteitag wird auch in Brandenburg der Parteineubildungsprozess in unserem Land abgeschlossen. Damit endet auch die kurze und erlebnisreiche Geschichte der WASG in Brandenburg.

Damit ist es heute auch mein letzter Redebeitrag als 1. Sprecher der ehemaligen WASG Brandenburg. Dies erleichtert und erschwert zugleich meinen heutigen Rückblick.

Er wird zum einen bestimmt vom Zurückdenken an die Entstehung unserer Partei in Brandenburg unter anderem mit den Mitstreitern, Horst Hilzbrich, Wolfgang Niemtz, Arno Damm und Rainer Heenemann, um nur einige zu nennen, bestimmt von der damaligen Überzeugung, etwas tun zu müssen, um den Sozialabbau in der Bundesrepublik zu stoppen.

Uns allen war deutlich geworden, dass das Erkennen von Problemen nicht mehr ausreicht, sondern nur aktives Handeln gestalten kann. Es war uns immer deutlicher geworden, dass es auf Dauer keine Demokratie geben kann, wenn sie in der Realität keine Entsprechung findet.

Wir bildeten damals den Verein für Arbeit und soziale Gerechtigkeit für das Land Brandenburg. Kurze Zeit später entstand auch in Brandenburg die Partei „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit - die Wahlalternative“, vor allem in Konfrontation mit der Politik der damaligen Rot-Grünen Bundesregierung.

Wir orientierten uns bei der Gründung an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit und setzten uns für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ein.

Damals wie heute erleben die Menschen in Deutschland ständige Angriffe auf die sozialen Errungenschaften. Der Sozialstaat soll auf eine Grundsicherung auf äußerst niedrigem Niveau zurückgeschnitten werden.

Armut und soziale Ungleichheit werden ständig vergrößert. Gleichzeitig werden die abhängig Beschäftigten und die sozial Benachteiligten mit Verbrauchssteuern belastet, während gleichzeitig massive Senkungen der Unternehmenssteuern erfolgen.

Das Kapital nutzt die Krise, um Löhne zu drücken, Arbeitszeiten zu verlängern und den Arbeitsdruck in den Betrieben immer mehr zu erhöhen. Die Löhne und Renten stagnieren oder sinken real.

Die Erwerbslosigkeit bleibt hoch, auch wenn die Nürnberger Zahlen eine andere Sprache sprechen sollen. Die neoliberale Politik trifft nicht nur die auf Sozialleistungen angewiesenen Menschen, sondern auch die Beschäftigten. Sie sollen durch den Abbau sozialer Rechte und die Schwächung der Gewerkschaften gefügig gemacht, die disziplinierende Wirkung der Massenarbeitslosigkeit damit weiter verschärft werden.

Durch Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen und öffentlichen Eigentums werden demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten immer weiter abgebaut.

International bedroht der neoliberal globalisierte Kapitalismus die Menschen mit neuen und alten Formen der Barbarei.

Krieg wird immer mehr zu einem üblichen Mittel der Politik.

Die Antwort auf den Neoliberalismus und die kapitalistische Deregulierung ist nicht die Akzeptanz internationalen Lohn-Steuer- und Sozialdumping's und der Rückbau des Sozialstaates.

Aufgabe der Linken ist es, dem politische Alternativen entgegenzusetzen, wie den von uns geforderten gesetzlichen Mindestlohn, ein Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau öffentlich finanzierter Beschäftigung in Verbindung mit einer Stärkung der Staatsfinanzen durch mehr Steuergerechtigkeit.

Unser Ziel muss es sein, die rücksichtslose kapitalistische Expansion mit der immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz einschließlich der Kriege zur Rohstoffsicherung und den so genannten Krieg gegen den Terror zu stoppen. In einer Zeit, in der die Hartz IV- Parteien völkerrechtswidrige Kriege unterstützen, sind wir eine politische Kraft, die von diesen Irrwegen klar und deutlich abgrenzt.

Der WASG-Landesverband stand auch in geschlossener Front mit all jenen, die den G 8-Gipfel der Ungerechtigkeit ihren Widerstand entgegenzusetzen und erklärte seine uneingeschränkte Solidarität mit den Protestaktionen gegen die Herrschenden der reichsten Staaten dieser Welt, die neoliberale Politik weltweit umsetzen. Ich habe selbst viele Jahre in müde Kindergesichter Afrikas geblickt und möchte diese Kinder wieder lachen sehen.

So war die WASG mit einer Gruppe um Achim Börner auch in Heiligendamm vertreten, um in den Reihen der Demonstranten gegen die Ziele des G 8 Gipfels anzugehen.

Diese Demonstrationen sind auch Bekundungen für die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte in der Bundesrepublik.

Um unsere einst gesetzten Ziele verwirklichen zu können, sind wir Mitglieder einer neuen Partei geworden, einer gesamtdeutschen linken Partei, die dieses Land verändern will, die für soziale Gerechtigkeit und wahre Demokratie steht. Wir haben die historische Chance genutzt, die Linke in Deutschland zusammenzuführen und die weitere gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der abhängig Arbeitenden und der sozial Benachteiligten zu beeinflussen.

Wenn uns dies gelingt, werden wir mit der heutigen Parteineugründung in Brandenburg ein Signal der Hoffnung auch an viele Menschen in unserem Bundesland senden und besonders an jene, die von den gegenwärtigen sozialen Entwicklungen immer wieder betroffen sind. Wir wollen diesen Menschen auch in Verwirklichung der Ziele der WASG bei ihrer Gründung eine glaubwürdige Vertretung anbieten und damit die Gefahr der politischen Verweigerung verhindern.

Wir wollen auch in der neuen Partei das Grundgesetz in seinen unabänderlichen Grundprinzipien der Unantastbaren Menschenwürde, des sozialen Rechtsstaates und der Demokratie zum Ausgangspunkt unserer Politik erklären, denn das Ziel einer demokratischen Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung zur Herstellung einer gerechten, friedlichen Gesellschaft ist im Grundgesetz verankert. Das Grundgesetz ist sozial ausgerichtet. Es bildet geradezu eine Aufforderung zum DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS. Die Aufgabe unserer nun gemeinsamen Partei wird es sein, sich der Sorgen und Ängste der Menschen anzunehmen, der neoliberalen Politik soziale Alternativen entgegenzusetzen, die Forderungen der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in die Parlamente zu tragen und für veränderte gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse zu kämpfen.

Wir wollen gemeinsam einen politischen Richtungswechsel in Deutschland für eine linke Alternative.

Unser Ziel, auch ausgehend von der Programmatik der ehemaligen WASG muss die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und die Gewährleistung der Grundrechte sein. Zu den wichtigsten sozialen Rechten zählen das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf staatliche Existenzsicherung, das Recht auf angemessene Gesundheitsversorgung und das Recht auf Wohnung. Das jetzige System der Sozialhilfe und des ALG II ist nicht geeignet, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Es muss ersetzt werden durch eine soziale Grundsicherung für alle Menschen.

Wir müssen uns weiterhin für eine wirksame Antidiskriminierungspolitik einsetzen, die jegliche Ungleichbehandlung bekämpft. Die Rechte der Arbeitnehmer müssen weiter ausgeweitet werden.

Die durch den Anschluss der DDR zur BRD entstandenen Ungerechtigkeiten müssen dringend beseitigt werden. Im Vordergrund steht dabei die Beseitigung der sozialen und rechtlichen Schlechterstellung.

Der WASG Landesverband Brandenburg strebte die Bildung einer demokratischen Linken an, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern in den breiten Schichten und insbesondere bei den Menschen, die auf der Schattenseite der Gesellschaft stehen, verankert ist.

So unterstützte der Landesverband der WASG Brandenburg von Anfang an als einer der ersten Landesverbände in Deutschland den Parteibildungsprozess zur Neugründung einer gesamtdeutschen Linkspartei. Wir waren uns darüber klar, dass es keinen realistischen Spielraum für 2 linke Parteien gab. Wären Linkspartei und WASG gegeneinander angetreten, hätten beide verloren.

Unterstützt durch eine enge persönliche Zusammenarbeit mit den Mitstreitern unserer Kreisverbände kam es in Brandenburg im deutlichen Unterschied zu anderen Bundesländern sehr schnell zu gemeinsamen Beratungen der Landesvorstände der WASG und der Linkspartei.PDS.

Ich bin sehr stolz darauf, dass Brandenburg das erste Land in der Bundesrepublik war, das bereits im Frühjahr 2006 ein Kooperationsabkommen zwischen den Landesverbänden der WASG und der Linkspartei abgeschlossen hatte. Auch auf Kreisebene waren wir mit dem Kooperationsabkommen im Kreisverband Potsdam-Mittelmark wiederum Vorreiter in der Bundesrepublik.

Unser Ausgangspunkt in diesem Parteibildungsprozess war nicht nur die programmatische und satzungsrechtliche Diskussion, sondern vor allem die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Praxis, in der die Mitglieder beider Parteien und die Aktivisten aus außerparlamentarischen Bewegungen einbezogen wurden.

Ich will auch heute betonen, dass unsere neue Partei weder die einfache Fortsetzung der WASG noch der bisherigen Linkspartei. PDS sein kann, sondern sie muss die Traditionen der gesamten Linken in sich aufnehmen und ein neues politisches und kulturelles Profil herausbilden.

Im Prozess des Zusammenwachsens beider Parteien gab es durchaus zu einer Reihe inhaltlicher Fragen unterschiedliche Auffassungen. Wir haben in zahllosen, auch immer wieder von mir geführten Gesprächen in den Kreisverbänden darüber diskutiert, ob in der Auseinandersetzung mit der Frage - was heute LINKS ist, - Konflikte zulässig sind. Nur durch Erkennen und Austragen dieser Konflikte sollte herausgefunden werden, was tatsächlich LINKS ist. Damit waren diese Konflikte durchaus eine Produktivkraft beim Entste-

hen der neuen linken Partei, wenn der Konflikt auch den Kompromiss einschloss.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Fragen- demokratischer Sozialismus und das Für oder Gegen von Regierungsbeteiligung. Da es aus unserer Sicht erforderlich ist, sich über Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus zu verständigen und das Erfordernis einer Debatte über eine nicht kapitalistisch strukturierte Ökonomie und Gesellschaft entstand, wurde diese Frage umfassend diskutiert und entsprechend des gestellten Leitantrages des von mir geführten Landesvorstandes, haben sich dann auch die Delegierten des 3.Landesparteitages der WASG zum Ziel des demokratischen Sozialismus bekannt.

Zur Regierungsbeteiligung müssen aus meiner Sicht innerparteiliche Verfahren erarbeitet werden, in denen Regierungsbeteiligungen beschlossen, kontrolliert und auch beendet werden können. Dabei müssen jedoch immer wirkliche linke Allianzen entstehen, die dann auch strukturelle Mehrheiten in der Gesellschaft bilden und tragen können.

Grundlage unseres Agierens in dem Parteibildungsprozess war das vom Landesrat am 04. 06. 2006 beschlossene Aktionsprogramm.

Unser Zusammengehen muss jetzt zu einer neuen Qualität von Gemeinsamkeit, unter Einschluss anderer linker Kräfte führen. Der Parteibildungsprozess und seine Ergebnisse müssen sich als gesellschaftliche Prozesse darstellen. Es müssen sich durch die bewusste Beteiligung an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auch tatsächliche politische Wirkungen entfalten.

Es hat sich in der Vergangenheit immer gezeigt, dass in den Kreisverbänden, in denen diese gemeinsame politische Praxis stattfand, die Übereinstimmung und nicht das Trennende in den Vordergrund gestellt wurden. Nach wie vor ist es allerdings nicht in allen Kreisverbänden gelungen, ehemalige WASG-Mitglieder in die Vorstandsarbeit einzubeziehen wie dies die auf ihrem 4. Landesparteitag in Blossin beschlossene Vereinbarung zwischen dem WASG-Landesverband Brandenburg und dem Landesverband Brandenburg der Linkspartei PDS vorsieht.

Diese Vereinbarung, die das Ergebnis der Beratungen der von den beiden Landesvorsitzenden geführten gemeinsamen Steuerungsgruppe war, beinhaltet ebenso die gemeinsame Erarbeitung der Gründungsdokumente auf Landesebene, die Euch heute vorliegen und zur Diskussion stehen, die Einberufung dieses Gründungsparteitages, die angemessene Vertretung der WASG auf diesem Parteitag und in den Parteigremien und die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft als landesweiter Zusammenschluss, die durch mich bereits im Juli 2007 mit vor allem ehemaligen WASG-Mitgliedern, die meinen Weg immer unterstützt haben, gebildet wurde.

Gestattet mir dazu noch einige persönliche Bemerkungen:

Wir haben als WASG Landesverband in den zurückliegenden Jahren, einer verhältnismäßig sehr kurzen Zeit, vieles erreicht. Auch wenn unsere Arbeit durch einige wenige Mitglieder häufig mit persönlichen Befindlichkeiten gebremst wurde, haben wir doch unser Ziel erreicht, die neue Partei zu bilden. Das ist der Verdienst der Unbeirraren, derer, die bei Nacht und Nebel durch die Straßen des riesengroßen Landes Brandenburg führen, um neue Mitglieder zu gewinnen, Überzeugungsarbeit zu leisten, Menschen das Gefühl zu geben, bei uns mit ihren politischen linken Ideen gut aufgehoben zu sein. Es sind diejenigen, die ihre letzten Pfennige opferten, um dabei zu sein, sich für unser Ziel einzusetzen und an unserer Seite zu stehen.

Den Weg der WASG in Brandenburg von Beginn an begleitet und mit gestaltet zu haben,

erfüllt mich noch immer mit Stolz und ich möchte heute, nach dem Erreichen eines wesentlichen Etappenzieles all jenen danken, die diesen Weg gemeinsam mit mir gegangen sind und in diesem Sinne äußerst aktiv tätig waren.

Es wäre mein Wunsch gewesen, dass gerade jene Mitstreiter auch in der neuen Partei in deren Leitungsgremien Verantwortung tragen könnten.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Wir haben in der täglichen politischen Arbeit unter Beweis stellen können, dass es die WASG in Brandenburg als Partei tatsächlich gab und dass deren Aktivitäten den Entstehungsprozess einer neuen Linken auch in Brandenburg beeinflusst haben.

Lasst mich dazu nur einige wenige Beispiele aufführen:

Äußerst aktiv haben ich und viele andere bei den Aktionen gegen die Hartz IV-Gesetze und bei der Mindestlohnkampagne mitgewirkt. Wir standen auf den Straßen und an den Informationsständen, wir haben an zahlreichen Themenveranstaltungen und Rundtischgesprächen teilgenommen und außerparlamentarische Aktivitäten vor Ort aktiv organisiert und unterstützt.

Wir haben eine inhaltliche Zusammenarbeit und Kooperation mit der Bürgerbewegung Allianz freier Wähler, mit OWUS, attac, [solid'] und anderen sozialen Gruppierungen und Bewegungen aufgebaut und erreicht. Ausdruck dieser Zusammenarbeit waren unter anderem Kooperationsvereinbarungen mit der ASW und OWUS.

Auch an dieser Stelle Dank an all jene, die sich dafür besonders eingesetzt haben und mit denen ich viele Veranstaltungen planen und durchführen konnte.

Nicht zu vergessen die Aktivitäten zur Änderung der Landesverfassung durch die Fixierung einer Antifaschismusklausel. Auch dafür werden wir uns weiter in der Neuen LINKEN PARTEI einsetzen.

Dem Landesverband und seinem Vorstand ist es zu verdanken, dass es zu einer engen Zusammenarbeit mit anderen WASG Landesverbänden der neuen Bundesländer und deren Vorständen gekommen ist und diese das sogenannte Ostforum der WASG aus der Taufe hoben.

Auch programmatisch wurde trotz vieler Probleme und Anlaufschwierigkeiten einiges auf die Reihe gebracht. So gibt es unter anderem Ausarbeitungen zur Hartz IV-Gesetzgebung und Vorschläge für die Vereinheitlichung des Arbeitsrechts. Es gibt Ausarbeitungen zur Wirtschaftspolitik und solidarischen Ökonomie, zur Frauen und Sozialpolitik und auch ein umweltpolitisches Positionspapier.

Ausdruck der inhaltlichen Arbeit war auch die Mitarbeit in Kommissionen des Bundesvorstandes der WASG, in Expertengruppen der Bundestagsfraktion oder in Arbeitsgruppen von attac.

Das waren manchmal nur bescheidene inhaltliche Anfänge, aber wir werden diese vertiefen und sie mit der gebildeten Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie in die neue Partei, so zum Beispiel in die Leitbilddiskussion in Brandenburg einbringen.

Unser Landesverband war Mitorganisator und Mitinitiator zahlreicher Aktionen und Veranstaltungen, so zum Beispiel der Veranstaltung mit Oskar Lafontaine im November vorigen Jahres oder dem Treffen aller Linken in Belzig. Gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern war ich immer wieder auch in den Basisgruppen der Linkspartei. PDS, haben dort unsere Standpunkte erläutert und dort auch Aktivitäten, so zum Beispiel die

Neuhardenberger Initiative ins Leben gerufen, die nicht zuletzt zur Befassung der Bundestagsfraktion mit der Thematik der Vereinheitlichung des Arbeitsrechts geführt hat.

Wir waren auf allen Parteitagungen der Linkspartei. PDS durch Redebeiträge des 1. Sprechers aktiv vertreten, wie sich auch die Zusammenarbeit der beiden Landesvorstände kontinuierlich, effektiv und konstruktiv entwickelte.

An dieser Stelle auch der Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit an den Landesvorstand der Linkspartei. PDS und dessen Vorsitzenden Thomas Nord.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere politische Arbeit und unser politischer Auftrag gehen weiter.

Wir wollen nicht nur die in der damaligen WASG entwickelten Ideen, Vorstellungen und Visionen in die neue Partei „hinüberretten“, sondern sie vertiefen, einbringen und auch verwirklichen. Dies soll nicht zuletzt durch die neu gebildete und bereits aktiv arbeitende Arbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie als landesweiter Zusammenschluss in unserer neuen Linkspartei erfolgen.

Unsere Ziele bleiben die gleichen. Wir wollen weiter unsere Stimme erheben für die sozialen Rechte der Arbeitnehmer, gegen deren ständigen Abbau, wir sind gegen Massenarbeitslosigkeit und Gesetze die ein würdevolles und kulturvolles Leben ausschließen, wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn, der eine Existenzsicherung oberhalb der Armutsniveaus gewährleistet. Wir stehen für Frieden in der Welt, umfassende Abrüstung und den sofortigen Stopp der Bundeswehreinsätze.

Ich werde auch in aktiver Arbeit im Landesvorstand der Linkspartei Brandenburg immer wieder darauf hinwirken, gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenzuführen.

Gestützt auf die bisherigen Arbeitsergebnisse und Erfahrungen sollten aus meiner Sicht dabei vor allem folgende Themenkomplexe im Mittelpunkt stehen:

- Ökonomische Alternativen zur bestehenden Ausbeutung von Mensch und Umwelt
- Frauen und Gesundheitspolitik
- Vereinheitlichung des Arbeitsrechts
- Verhältnis linker Politik zur außerparlamentarische Bewegung
- Möglichkeiten und Grenzen des Sozialstaates
- Weiterentwicklung der Kultur der innerparteilichen Demokratie

Ich werde mich im neuen Landesverband der Linken um eine Nachschärfung des Profils der Partei bemühen, die Kultur der innerparteilichen Demokratie weiterzuentwickeln, die vorhandenen Kontakte zu sozialen Bewegungen und Organisationen auszubauen und aktiv die Partei von unten her mit aufzubauen.

Es ist für mich noch nicht die Zeit, mich zurückzulehnen, denn es gibt noch viel zu tun.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ein Abschnitt unserer einst noch getrennten Wege in Brandenburg ist beendet, eine neue, schwierige, aber jetzt gemeinsame Wegstrecke liegt vor uns.

Lasst uns auch diese bewältigen.

Rede von Christian Eicke

Stellvertretender Landesvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem 16. Juni 2007 gibt es bundesweit eine gesamtdeutsche einige linke Partei. Heute sind wir hier zusammen gekommen, um hier in Brandenburg dies auf Landesebene nachzuvollziehen und auch hier zur gemeinsamen Linken zu kommen. Der entsprechende Antrag liegt euch in eurem Antragsheft vor.

Zur Begründung dieses Antrags und zum Selbstverständnis der neuen Partei möchte ich hier einige Ausführungen machen. Das, womit ich beginne, wird einige vielleicht überraschen, aber ich denke es muss einfach noch mal gesagt werden: Die DDR ist nicht unser Staat und erst recht nicht unser Ziel. Wir leben alle seit 17 Jahren und länger in der Bundesrepublik Deutschland, ein Staat den wir kennen gelernt haben, dessen Schwächen wir kennen. Wir wissen, wo es hakt und wo es klemmt, wir wissen was verändert werden muss. Wir wissen auch, dieser Staat ist es wert, verbessert und verändert zu werden und deswegen möchte ich hier kurz auf die Grundlage dieses Staates, nämlich auf das Grundgesetz eingehen. Dieses Grundgesetz der BRD gewährt uns die Freiheit, uns hier heute zu treffen, angstfrei unsere Vorstellungen darzulegen, zu diskutieren, Entscheidungen zu treffen und im Rahmen der demokratischen Abläufe unsere Ziele in die Gesellschaft zu tragen und dort um- und durchzustellen. Auf der anderen Seite gewährt uns das Grundgesetz auch die Freiheit, Briefe zu schreiben, die nicht vom Staat kontrolliert werden, zu telefonieren, in einer Wohnung zu leben, die nicht vom Staat beobachtet und unter Überwachung gestellt wird und ich denke, diese Freiheitsrechte, die uns gegeben werden, die lassen wir uns nicht nehmen. Die verteidigen wir, weil wir wollen, dass es so ist. Die lassen wir uns nicht nehmen von Herrn Schäuble, und nicht von Herrn Schönbohm und nicht von Herrn Beckstein und erst recht nicht von den rechtsradikalen Schlägern, die leider viel zu häufig auf unseren Straßen auftauchen. Wir werden diese Freiheit verteidigen und ausbauen. Das Grundgesetz, und das ist vielen vielleicht nicht bekannt, schreibt den Kapitalismus nicht fest. Das Grundgesetz lässt die Entscheidung, in welcher Wirtschaftsordnung ein Volk leben möchte und seinen Staat organisiert, offen. Die Entscheidung, ob die Herrschaft über Produktionsmittel von Privatinteressen oder vom Gemeinschaftsinteresse bestimmt wird, lässt das Grundgesetz bewusst offen, damit jede Bevölkerung auf demokratischen Wege selbst entscheiden kann, in was für einem System sie leben möchte.

Es ist durch die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes gesichert. Im Moment sind wieder Bestrebungen von Seiten der neoliberalen Kreise in unserem Lande im Gange, den Artikel 15 möglichst aus dem Grundgesetz zu streichen. Das ist der Artikel, der die gesellschaftliche Eigentumsformen in der Wirtschaft für Teilbereiche, für ausgewählte Bereiche, für kleinere und größere ermöglicht. Wir werden uns diesen Bestrebungen, diese Möglichkeiten dem Volk zu nehmen, entgegenstellen.

Wir lassen uns die Freiheit, selbst darüber zu entscheiden in welcher Wirtschaftsform wir leben nicht nehmen. Nicht von Herrn Westerwelle und nicht von Herrn Ackermann und nicht von den anderen, deren eigene Interessen höher stehen, als die der Bevölkerung.

Das Grundgesetz garantiert uns den Sozialstaat. Das heißt, einen Staat, in dem jeder Bürger frei von Angst leben kann. Frei von Angst vor Hunger, vor Obdachlosigkeit und vor Armut. Diesen Sozialstaat wollen wir verteidigen und ausbauen. Diese Sozialstaatsgarantie sichert Zugang zu Bildung für alle. Nicht nur für die, die es sich leisten können. Gerechte

Verteilung der Arbeit mit gerechtem Lohn für alle, die Möglichkeit für jeden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Dieser Sozialstaat, der lange durch die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung aufgebaut wurde und schließlich im Grundgesetz manifestiert wurde, den lassen wir uns von niemanden nehmen, und erst recht nicht von der SPD, die eigentlich an unserer Seite zur Verteidigung des Sozialstaates stehen sollte, die aber, wie wir in den letzten Jahren immer mehr sehen, in der führenden Position derjenigen, die diesen Sozialstaat schädigen und abbauen bis zu einem Maße, wo wir sagen müssen, es ist für viele nicht mehr ertragbar.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich, als ich mir diese Rede überlegt habe, noch gar nicht ansprechen wollte, aber er ist jetzt neu hinzugekommen und deshalb will ich das auch hier sagen.

Wir vom Landesvorstand und von der Landtagsfraktion waren heute Morgen in den grauenhaften Hinrichtungsräumen des ehemaligen Zuchthauses hier in Brandenburg. Da sollten wir mal bedenken. Die Todesstrafe gibt es zum Glück in Europa nur noch in einigen wenigen Staaten, weltweit jedoch viel zu viel. Aber welcher andere Staat hat das Verbot und die Abschaffung der Todesstrafe in die Verfassung geschrieben? Das gibt es nur hier und in dieser Hinsicht sollten wir unseren Verfassungsgebern dankbar sein. Sie haben in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg erkannt, was passieren kann, wenn ein Staat zum Terroristen wird. So geht es nicht und deswegen denke ich, dass eine Verfassung, die das Verbot der Todesstrafe in den Verfassungsrang erhebt eine sehr verteidigungswerte und schützenswerte Verfassung ist.

Ja, noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte, woran man vielleicht sieht, welche hohen Ziele und Forderungen das Grundgesetz stellt und was es eigentlich garantiert, dass das Grundgesetz immer dann, wenn der Staat irgendwelche Sauereien plant, dass es immer nicht ging, bis man versuchte das Grundgesetz zu ändern. Das Grundgesetz musste geändert werden um den großen Lauschangriff zu ermöglichen, um endlich an auswärtigen Kriegen teilnehmen zu können. Das Grundgesetz selbst, so wie es einmal geschrieben wurde, hat das nicht vorgesehen und jetzt versucht man schon wieder das Grundgesetz zu verändern. Man hat Überlegungen, Änderungen vorzunehmen zur Möglichkeit des Einsatzes der Bundeswehr im Innern des Landes, im Hinblick auf die geplanten Online-Durchsuchungen und man überlegt, ob man nicht dahin dann das Grundgesetz ändern sollte. Ich denke, wir sollten unsere Verfassung so nehmen, wie sie ist und vor denjenigen, die sie durch Veränderungen abschwächen wollen, schützen.

Genossinnen und Genossen,

bisher haben wir in zwei verschiedenen Parteien, Unternehmen, in unzähligen Vereinen, Gewerkschaften, Institutionen für die Sache gekämpft, die wir als unser Hauptziel ansehen, nämlich die Schaffung einer sozialen gerechten und menschlichen Gesellschaft, in der jeder, der Reiche und der Arme, derjenige der gesund ist, wie der Kranke, die Kinder genau so wie die Rentner einen Platz und die Möglichkeit für ein menschenwürdiges Leben finden. Ab heute können wir diese Anstrengungen und Bemühungen gebündelt fortsetzen, mit noch besserer Aussicht auf Erfolg.

Ich bitte euch, stimmt dem Antrag zu, DIE LINKE in Brandenburg zu gründen, dann können wir gemeinsam zuversichtlich und mit Mut herangehen, die Aufgaben, die wir uns gestellt haben weiter zu erfüllen, denn wir sind DIE LINKE und wir sind auf dem richtigen Weg.

Zwischenbericht des Landesvorstandes über seine bisherige Tätigkeit

Im Mittelpunkt der bisherigen Arbeit des Landesvorstandes standen zwei Schwerpunkte:

1. die Partieneubildung laut Beschluss der 1. Tagung des 10. Landesparteitages
2. die Umsetzung der Leitbild-Dialog-Kampagne laut Beschluss der 3. Tagung des 9. Landesparteitages

1. Partieneubildung

Der Landesvorstand beschäftigte sich auf jeder seiner Sitzungen mit der Vorbereitung der Partieneubildung und arbeitete dabei in engem Kontakt mit Vertretern der WASG Brandenburg. Dieser Teil unserer Arbeit mündete letztlich in die Vorbereitung des Gründungsparteitages in Brandenburg an der Havel. Nach dem Bundesparteitag im Juni in Berlin steht mit dem Gründungs- • • gsparteitag für DIE LINKE Brandenburg nun der Abschluss dieses Prozesses an.

Zur Vorbereitung dessen hatte der Landesvorstand eine Reihe von Einzelmaßnahmen beschlossen und umgesetzt. So gab es

- eine gemeinsame Steuerungsgruppe mit der WASG
- die Erarbeitung und Diskussion von Gründungsdokumenten
- die erfolgreiche Durchführung der Urabstimmung
- die Erarbeitung einer Handreichung für die Neugründung in Kreisverbänden
- Abstimmungen mit der Bundesebene
- die Klärung aller finanziellen Fragen in diesem Zusammenhang
- die Erarbeitung eines Konzeptes für die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitgliederwerbung ab dem 16. Juni 2007.

All dies geschah frühzeitig und unter Einbeziehung der WASG und der Kreisverbände, so dass wir de facto bereits mit der Neugründung auf Bundesebene auch im Landesverband eine neue Partei präsentieren konnten.

Nach der Neugründung der LINKEN auf Bundesebene am 16. Juni in Berlin hat sich der Landesvorstand auf der Sitzung am 30. Juni mit den kooptierten Mitgliedern aus der WASG neu konstituiert. Er setzte seine Arbeit in bewährt konstruktiver Weise fort.

2. Leitbild-Dialog-Kampagne

Zentrales politisches Anliegen des Landesvorstandes war die Umsetzung und Weiterführung der Leitbild-Dialog-Kampagne für ein Brandenburg der Regionen aus dem Jahr 2006.

Im Rahmen der Leitbilddiskussion wurden fünf Regionalkonferenzen in den Planungs-

regionen zu unterschiedlichen Themen wie beispielsweise Ökologie, Tourismus, Wissenstransfer in der Region und Entwicklungspotenziale des ländlichen Raumes mit den Kreisverbänden durchgeführt.

Des Weiteren wurden bis heute zwei Fachkonferenzen abgehalten, eine zum Regionen-Begriff, eine zum Thema Regionaler Wirtschaftsförderung. Beiden Konferenzen gingen ergänzende Thesenpapiere zum Leitbild voran, die der Landesvorstand zuvor debattiert hatte. Die Inhalte beider Papiere und der jeweiligen Konferenzen fanden sowohl in der parteiinternen wie auch in der Medienöffentlichkeit reges Interesse und sorgten für die gewünschte Diskussion.

Zwei weitere Konferenzen zur Öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Energie- und Umweltpolitik werden im September folgen.

Der Landesvorstand bemühte sich darüber hinaus, die Debatte zum Leitbild auch auf anderen Wegen anzustoßen. So wurden zahlreiche Multiplikatoren angeschrieben und um ihre Meinung gebeten. Es wurde eine umfangreiche Internetseite eingerichtet, die zu Diskussion einladen sollte. Die Kreisverbände wurden bei der Durchführung eigener Veranstaltungen zum Thema unterstützt.

Die Ergebnisse der Zuschriften, Veranstaltungen und Konferenzen sollen in das Leitbild der Landtagsfraktion einfließen.

Der Landesvorstand berief für die Fortsetzung der Kampagne und zugleich für die Vorbereitung der kommenden Kommunalwahlen im Herbst 2008 und der Landtagswahlen im Herbst 2009 die Kommission Strategie und Wahlen neu. Außerdem wurde mit dem kommunalpolitischen forum verabredet, dass für die Vorbereitung der Kommunalwahl bis Oktober/November 2007 ein gemeinsamer Maßnahmenplan entwickelt wird.

Die Kommission Strategie und Wahlen wird die Dialog-Kampagne auch weiterhin begleiten und die notwendigen Vorarbeiten zur erfolgreichen Überarbeitung des Leitbildentwurfs der Landtagsfraktion durchführen. Ein durch die Kommission vorgelegter Arbeits- und Zeitplan für das zweite Halbjahr wurde inzwischen vom Landesvorstand bestätigt.

Unser Zwischenfazit für die Kampagne fällt positiv aus: Es ist uns bereits jetzt gelungen, die anderen Parteien und die Landesregierung zu zwingen, sich im Rahmen ihres Leitbildes neu zu positionieren, teilweise sogar sich zu korrigieren (z.B. ist das Thema ländliche Regionen jetzt auch dort auf der Tagesordnung). In der nun beginnenden letzten Phase des Leitbild-Dialoges haben wir für den November fünf weitere Verständigungstreffen mit den Delegierten des nächsten Parteitages geplant, um die Leitbild-Debatte im Januar abschließen zu können. Das Leitbild soll eine zentrale Arbeitsgrundlage für den Kommunalwahlkampf und den Landtagswahlkampf werden.

3. Außerparlamentarische Aktivitäten

Im Rahmen der „normalen“ politischen Arbeit und im Rahmen der Dialog-Kampagne hat sich der Landesvorstand außerdem an zahlreichen außerparlamentarischen Aktivitäten beteiligt.

Im Jahr 2007 stand dabei die Idee einer landesweiten Volksinitiative für ein Sozialticket im

Mittelpunkt. Nachdem diese durch die verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion dem Landesvorstand vorgeschlagen worden war, beriet der Landesvorstand gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden die Machbarkeit. Im Rahmen der DIALOG-Kampagne wurde ein Design entwickelt und mit externen Partnern beraten. Die Volksinitiative für ein Sozialticket wurde gemeinsam vom Arbeitslosenverband Deutschland/Landesverband Brandenburg e.V., vom Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverband, vom DGB Berlin-Brandenburg, der GRÜNEN LIGA Landesverband Brandenburg, vom ver.di Landesverband Brandenburg und der Volkssolidarität Brandenburg am 01. Mai gestartet und die notwendigen 20.000 Unterschriften hat die Initiative seit Mitte August zusammen, über die Hälfte der Unterschriften wurden durch unsere Partei gesammelt. Dafür gilt unser Dank vor allem den fleißigen Genossinnen und Genossen an der Basis unserer Partei.

Der Landesvorstand hat die Aufrufe gegen das G8-Treffen unterstützt und Busse zur Großdemonstration am 2. Juni in Rostock organisiert. Jeder Kreisverband wurde gebeten, einen Bus zur Verfügung zu stellen. Der Landesvorstand beschloss, zusätzlich einen Bus ab Berlin, mit Zwischenhalt in Wittstock zu Verfügung zu stellen. Die Proteste gegen das Treffen der G8 wurden insgesamt als Erfolg gewertet.

Der Landesverband der LINKEN hat sich außerdem bereits frühzeitig bemüht, bei den Vorbereitungen zum Sozialforum in Cottbus (18. bis 21. Oktober 2007) organisatorische Hilfe leisten zu können. Das direkte Engagement von Parteien wird in diesem Zusammenhang abgelehnt. Dennoch ist es dem Cottbuser Stadtverband gelungen, sich engagiert einzubringen. Erwartet werden ca. 3.000 Teilnehmer.

Auch in diesem Jahr hat der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Brandenburg den Protest des lokalen Aktionsbündnisses in Halbe unterstützt. Das Polizeipräsidium in Frankfurt (Oder) hatte eine für den 3. März angemeldete rechtsextreme Kundgebung auf dem örtlichen Soldatenfriedhof zwar verboten, aber das Zeigen von antifaschistischer Präsenz wurde trotzdem als sinnvoll angesehen. Es kam dort zu einer Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten, die eine Blockade aufrechterhielten, obwohl die Polizei zum Verlassen des Versammlungsortes aufgerufen hatte. Sie wurden von der Polizei eingekesselt und haben inzwischen Bußgeldbescheide wegen einer Ordnungswidrigkeit erhalten. Die Initiative will nun politisch und juristisch dagegen angehen und fordert die Rücknahme der Bescheide. Auf der 4. Sitzung wurde mit der Initiative gegen die Bußgeldbescheide von Halbe gesprochen. Es kann aus ihrer Sicht nicht angehen, dass PolitikerInnen aller Parteien Zivilcourage einforderten und wenn diese geleistet wird, dann mit Busgeldbescheiden zu bestrafen. Der Landesvorstand erklärte seine Unterstützung für das Anliegen, gegen die Bescheide Einspruch zu erheben. Die Landtagfraktion wurde gebeten, nochmals aktiv zu werden. Außerdem wird geprüft, ob die Initiative auch bei ihrem juristischen Vorgehen unterstützt werden kann. Einigkeit bestand außerdem darin, dass es wichtig ist, für November wieder für eine breite Beteiligung an den Protesten in Halbe zu werben.

Der Landesvorstand verständigte sich außerdem zu einem von den Umweltverbänden und den Grünen ins Leben gerufenen Bündnis gegen Braunkohle, das ebenfalls eine Volksinitiative plant und die Linkspartei um Unterstützung gebeten hat. Ausgangspunkt war eine neue Studie der Landesregierung zum Neuaufschluss von Tagebauen. Der Landesvorstand hat Gespräche mit den Initiatoren geführt. Letztere akzeptierten das Vorhaben der

Linkspartei, sich zunächst auf der bereits geplanten Energiepolitischen Konferenz am Ende September dazu verständigen zu wollen. Hier wird es eine Entscheidung geben, ob wir auch diese Volksinitiative unterstützen werden.

Im ersten Halbjahr 2007 hat der Landesvorstand außerdem die Mindestlohnkampagne in Land weiter unterstützt. Ein Treffen mit den BotschafterInnen für einen gesetzlichen Mindestlohn zu einem Erfahrungsaustausch musste mangels Interesses leider ausfallen. Dennoch wurden explizit zum 1. Mai nochmals Materialien für die Kreisverbände zur Verfügung gestellt. Das Bildungsangebot des Landesvorstandes wurde um die Thematik „Mindestlohn“ erweitert. Abhängig von den bis dahin erreichten Ergebnissen wird im 3. Quartal 2007 die Durchführung einer Volksinitiative geprüft, in deren Ergebnis die Landesregierung aufgefordert werden könnte, sich im Bundesrat für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes einzusetzen.

Am 31. Mai wurde erstmalig offiziell ein Gespräch zwischen dem Landesvorstand der Linkspartei und dem DGB in der Geschäftsstelle in Potsdam geführt. Das Gespräch verlief in freundlicher und konstruktiver Atmosphäre, eine Fortsetzung im Herbst wurde vereinbart.

4. Wahlen

In der Zeit fanden drei Bürgermeisterwahlen statt, die der Landesvorstand unterstützt hat, in zwei Wahlen haben sich Mitglieder unserer Partei durchgesetzt. Der Genosse Fred Fischer wurde Bürgermeister in Perleberg, der Genosse Holger Kippenhahn wurde Bürgermeister in Heiligengrabe. Wir gratulieren zur Wahl und werden sie bei der Ausübung ihres Amtes intensiv unterstützen.

5. Sonstiges

Auch wenn es sich hier nur um einen Zwischenbericht handelt, sollen weitere Aktivitäten des Landesvorstandes nicht außen vor bleiben. So arbeite der Vorstand erfolgreich auf verschiedensten Gebieten weiter:

- Jugend (Unterstützung eines Landesjugendtreffens und der Neugründung des Jugendverbandes in Brandenburg)
- Internationale Arbeit (Europacamp, Rahmenvertrag, internationale Treffen und Besuche auf Ebene des Landesvorstandes)
- Politische Bildung (Weiterbildungslehrgang für Ehrenamtliche, Bildungskatalog, Newsletter)
- Parteireform (Veröffentlichung eines Handbuchs für die ehrenamtliche politische Arbeit zum Landesparteitag geplant)
- Mitgliederprojekt (Neumitgliedertreffen, Erfahrungsaustausch zu regionalen Projekten, verbesserte Mitgliederbetreuung)
- Finanzen (verbesserte Betreuung von Spendern, Mehraufwand durch gesonderten Jahresabschluss zur Parteineubildung, langfristige transparente Finanzplanung)

5. Dank

Der Landesvorstand dankt allen Mitstreitern für die Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Wir wissen, dass vieles von dem nicht möglich gewesen wäre, ohne die fleißige Arbeit

unserer hauptamtlichen Mitarbeiter, ohne das ehrenamtliche Engagement unserer GenossInnen vor Ort, ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden, den Kreisgeschäftsführern, den Kreisschatzmeistern und den Mitgliedern der Landtagsfraktion, ohne fleißige Praktikanten der Landesgeschäftsstelle und ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit vielen externen Partnern. Dafür vielen Dank!

Beschlüsse des Gründungsparteitages

Auf dem Parteitag wurden die
Satzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
und die
**Finanzordnung der Partei DIE LINKE. Landesverband
Brandenburg**
beschlossen. Die Dokumente wurden gesondert gedruckt und sind auch im
Internet unter www.dielinke-brandenburg.de zu entnehmen.

Beschluss zur Gründung des Landesverbandes DIE LINKE. Brandenburg

Nach der Gründung der Bundespartei DIE LINKE am 16.06.2007 in Berlin beschließen wir
entsprechend der Vereinbarung zwischen Linkspartei.PDS Brandenburg und WASG Bran-
denburg vom 21.02.2007 die Bildung des Landesverbands Brandenburg der LINKEN.

Beschluss zur Anerkennung des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid] Brandenburg

Der Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg erkennt die Links-
jugend [‘solid] Brandenburg als ihre Jugendorganisation an.

Begründung: Nach § 11 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE kann der Parteitag mit
satzungsändernder Mehrheit einen Jugendverband als Jugendorganisation der Partei an-
erkennen, wenn die Bedingungen dafür erfüllt sind. Gleiches gilt analog für die Landes-
ebene.

Auf dem Gründungskongress des Bundesjugendverbandes vom 18. bis 20. Mai 2007 in
Berlin wurde eine neue Satzung des Jugendverbandes verabschiedet, welcher die in §11
genannten Bedingungen erfüllt. Auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. vom
16. bis 17. Juni 2007 in Berlin wurde der Bundesjugendverband Linksjugend [‘solid] e.V.
als Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. anerkannt.

Nun gilt es für die Partei auf Landesebene die Landesverbände der Linksjugend [‘solid] als
ihre Jugendorganisationen anzuerkennen.

Wir hoffen sehr, die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortsetzen zu können.

Beschluss zum Schlüssel für den Landesausschuss

Der Landesparteitag beschließt gemäß § 20 Abs. 1 a) Landessatzung den Schlüssel für die Vertreter im Landesausschusses aus den Kreisverbänden wie folgt: Die Kreisverbände erhalten gemäß § 20 Abs. 1 a) Landessatzung zusammen 30 Mandate. Diese werden gemäß dem Divisorenverfahren nach Adams nach der Mitgliedszahl der Kreisverbände verteilt. Die Kreisverbände erhalten die folgenden Mandate:

Kreisverband	Mandate
BRB	1
Lausitz	3
FFO	2
Potsdam	3
BAR	2
LDS	2
EE	1
HVL	1
MOL	3
OHV	2
OSL	1
LOS	2
OPR	1
PM	2
PR	1
TF	1
UM	2
Gesamt	30

Begründung:

Das Divisorenverfahren nach Adams findet an verschiedenen Stellen der Satzung Anwendung. Zwar ist dem Landesparteitag die Letztentscheidung über die Verteilung der 30 Mandate auf die Kreisverbände vorbehalten. Allerdings ist ein rechnerisches Verfahren zur Berücksichtigung der Mitgliederzahlen für die Wichtung der Vertretung der Kreisverbände im Landesausschuss objektiv. Deshalb sollte das in der neuen Satzung übliche Divisorenverfahren zur Anwendung kommen.

Wahlergebnisse des Gründungsparteitages

Wahl des Landesvorstandes

Landesvorsitzender

Abgegeben: 179 Stimmen
auf **THOMAS Nord** entfielen 160 Ja-Stimmen (89,4%)
12 Nein- Stimmen
7 Stimmenenthaltungen

Stellvertretende Landesvorsitzende

Abgegeben: 179 Stimmen
auf **Dr. Kirsten Tackmann** entfielen 169 Ja-Stimmen (94,4%)
9 Nein- Stimmen
1 Stimmenenthaltungen

Stellvertretender Landesvorsitzender

Abgegeben: 180 Stimmen, davon 1 ungültig
auf **Christian Eicke** entfielen 137 Ja-Stimmen (76,5%)
32 Nein- Stimmen
10 Stimmenenthaltungen

Mitglieder des Landesvorstands (Listenwahl)

Abgegeben: 179 Stimmen, davon 3 ungültig

gewählt wurden:

Maria Strauß (Landesgeschäftsführerin)	mit 144 Stimmen (81,8%)
Matthias Osterburg (Landesschatzmeister)	mit 144 Stimmen (81,8%)
Elke Böckmann	mit 144 Stimmen (81,8%)
Katharina Dahme	mit 144 Stimmen (81,8%)
Silvia Hauffe	mit 144 Stimmen (81,8%)
Diana Golze	mit 144 Stimmen (81,8%)
Jutta Nitsche	mit 144 Stimmen (81,8%)
Dagmar Püschel	mit 144 Stimmen (81,8%)
Petra Wirth	mit 144 Stimmen (81,8%)
Dagmar Lorenz	mit 144 Stimmen (81,8%)
Dr. Andreas Bernig	mit 144 Stimmen (81,8%)
Thomas Domres	mit 144 Stimmen (81,8%)
Matthias Loehr	mit 144 Stimmen (81,8%)
Stefan Ludwig	mit 144 Stimmen (81,8%)
Ingo Paeschke	mit 144 Stimmen (81,8%)
Harald Petzold	mit 144 Stimmen (81,8%)
Steffen Hultsch	mit 144 Stimmen (81,8%)

Wahl der Landesschiedskommission

Es wurden nachgewählt:

Dr. Kurt Libera

Margitta Mächtig